

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtsige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 41.

Montag, den 18. Februar 1918.

25. Jahrg.

Statt Frieden, neuer Krieg im Osten.

Die Friedensklänge, die Ende des letzten Jahres so verheißungsvoll aus dem Osten zu uns herüberklangen, sind verstummt. Wenn nicht alles trügt, werden vielleicht schon in nächster Zeit im Osten wieder die Nordwesttürme ihre unheilvolle Tätigkeit aufnehmen. Statt Friedensschalmeien — Donner der Geschütze! Statt friedlicher kulturfördernder Arbeit im Dienste der Menschheit weitere Zerstörung dessen, was Menschenhände mühselig aufgebaut; statt Menschheitsentwicklung — Menschenvernichtung! Und das im sogenannten Jahrhundert der Kultur, der Zivilisation! Menschheit, verhülle dein Haupt!

Nachdem die Verhandlungen in Brest-Litowsk gescheitert waren, konnte man noch die allerdings ziemlich magere Hoffnung hegen, daß die in Petersburg fortgesetzten Verhandlungen der beiderseitigen Kommissionen uns doch noch neben anderen Umständen dem Friedensschluß etwas näher bringen würden. Die Hoffnung schwand, als man las, daß wohl demnächst mit einem Abbruch auch der Kommissionsverhandlungen zu rechnen sei. Jetzt ist dieser Abbruch erfolgt, wie folgende amtliche Meldung zeigt:

Berlin, 16. Februar. Die deutsche Kommission sowie die Kommissionen der verbündeten Staaten haben Petersburg verlassen und heute morgen auf dem Rückwege die deutschen Linien passiert.

Auch die österreichisch-ungarische Kommission ist abgerufen worden; der Meldung hierüber ist jedoch der Zusatz angefügt: „Sobald die Sicherheitsverhältnisse in Petersburg es gestatten, wird sich die Kommission wieder dahin zurückbegeben.“

Wir glauben allerdings nicht, daß diese Kommission in nächster Zeit wieder nach Petersburg zurückkehren wird.

Denn inzwischen hat die deutsche Regierung in folgender Rundgebung die

Kündigung des Waffenstillstandes mit Rußland ausgesprochen:

Berlin, 16. Februar. (Amtlich.)

In seiner bekannten Erklärung vom 10. Februar hat Herr Trozki zwar für Rußland die Beendigung des Kriegszustandes und Demobilisierung verkündet, zugleich aber die Unterzeichnung des Friedensvertrages abgelehnt. Er hat sich geweigert, an der ihm vorgeschlagenen Waffensstillstand, in der ihm die Entschlüsse des Vierbundes mitgeteilt werden sollten, teilzunehmen und hat die Verhandlungen abgebrochen.

Durch die einseitige russische Erklärung ist selbstverständlich der Kriegszustand nicht beendet und der Friedenszustand nicht an seine Stelle gesetzt worden. Vielmehr hat die Weigerung, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, die Herstellung des Friedens unmöglich gemacht. Gerade zur Herbeiführung des Friedens aber war der Waffenstillstandsvertrag vom 15. 12. 1917, wie der Vertrag in seiner Einleitung ausdrücklich hervorhebt, abgeschlossen worden. Mit dem Verzicht auf Frieden hat daher das bolschewistische Rußland auch auf die Fortdauer des Waffenstillstandes verzichtet. Dieser Verzicht ist einer Kündigung gleichzuachten. Die kaiserliche Regierung stellt hiernach fest, daß die Petersburger Regierung durch ihr Verhalten den Waffenstillstand tatsächlich gelündigt hat. Diese Kündigung ist als am 10. Februar erfolgt anzusehen. Die deutsche Regierung muß sich demgemäß nach Ablauf der vertraglich vorgesehenen sechsböckigen Kündigungsfrist freie Hand nach jeder Richtung vorbehalten.

Und der gestrige amtliche Heeresbericht meldet:

Der Waffenstillstand läuft am 18. Februar, 12 Uhr mittags, ab.

Damit ist ab heute nachmittag der Kriegszustand mit Rußland wieder hergestellt. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß sich Oesterreich-Ungarn diesem Schritte anschließen wird. Das ist schon zu schlußfolgern aus einer Notiz in Wiener Blättern, in der es u. a. heißt: „Das (Bindung der Hände durch Erklärung des Friedenszustandes) wäre nicht angängig für den Fall, daß wir beispielsweise zum Schutze der Ukraine einschreiten müßten.“

In Rußland rüstet man sich ebenfalls für die Wiederaufnahme der kriegerischen Operationen. Eine allerdings indirekte Meldung aus Petersburg besagt:

„Die Smolnij-Regierung trifft nach den Berichten der maximalistischen Presse Vorbereitungen, die auf die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten an der Front hindeuten. Dem „Wlast Katoda“ zufolge will sich Lenin mit Kaledin verständigen (?). Im Zusammenhang hiermit hat der Oberbefehlshaber Krylenko alle früheren Generale durch einen öffentlichen Aufruf aufgefordert, sich sofort wieder der Armee zur Verfügung zu stellen. In Petersburg wird bereits der Wiederbeginn des Kampfes allgemein erörtert. In allen Schichten der Bevölkerung macht sich eine dumpfe Mut gegen die Räteregierung bemerkbar, die es nicht verstanden habe, dem Lande den notwendigen Frieden zu bringen. Die Unwerbungen für die Revolutionsarmee nehmen infolgedessen nicht den vom Smolnij-Institut erwarteten Verlauf. Für die neue Rote Garde haben sich bisher nur sehr wenig Soldaten anwerben lassen, da die Kriegsmüdigkeit der Truppen schon zu sehr an Ausdehnung gewonnen hat.“

Im Smolnij-Institut fand am 10. Februar ein Kriegsrat statt, in dem die Demobilisation erörtert wurde. An den Beratungen nahmen mehrere Offiziere des früheren Generalstabes teil, denen Lenin die Frage vorlegte, inwieweit mit der Möglichkeit einer Verteidigung der Hauptstadt gerechnet werden könne, falls eine neue deutsche Offensive beginnen sollte; ob es möglich sei, an der Nordfront eine ausreichend starke Armee mit genügend Artillerie zu sammeln, und ob noch Aussicht vorhanden sei, die Disziplin im russischen Heer wieder herzustellen. Die Auskünfte, die Lenin erhielt, lauteten dem „Kantseje Utra“ zufolge nicht überraschend, da die Lage im allgemeinen zu gut bekannt sei, als daß man sich noch illusorischen Hoffnungen hingeben könnte.

„Echo de Paris“ meldet aus Petersburg: Der Kongress der russischen Sowjets hat die Stärke der russischen Revolutionsarmee auf eine halbe Million Mann festgesetzt. Die Regierung hat zur Deckung der Kosten die Ausgabe von 850 000 Rubeln Schuldanweisungen angeordnet.

Man wird sich nun mit der Hoffnung trösten, daß die russische Armee ernstlich für die Kriegführung nicht mehr in Frage komme, da sie erstens infolge der Demoralisation in absehbarer Zeit nicht schlagfertig sein könnte und zweitens mit Rücksicht auf die inneren Wirren genug im eigenen Lande zu tun habe. Niemand von uns kann die tatsächliche Lage in Rußland beurteilen. Wir möchten aber doch vor einem allzu großen Optimismus warnen. Würden Deutschlands Truppen weiter ins Innere Rußlands vorstoßen, dann möchten wir annehmen, daß auch beim russischen Arbeiter und Mühsich trotz aller Kriegsmüdigkeit die Liebe zum Vaterlande wieder erwacht und daß sie sich im eigenen Interesse den vordringenden feindlichen Truppen entgegenstellen. Ein solches Heer aber ist, wie die Geschichte lehrt, ein nicht zu unterschätzender Gegner. Möchte man das auch auf deutscher Seite bedenken, ganz abgesehen von den anderen Gründen, die gegen ein aggressives Vorgehen sprechen und die wir bereits erörtert haben.

Zu der Kündigung des Waffenstillstandes an der Ostfront schreibt der „Berliner Börsen-Courier“: „Der Entschluß der beiden Parteien — die Mittelmächte und die Smolnij-Regierung — in einer ungewissen, allen bedrohlichen Möglichkeiten offenen Lage. Die Bolschewisten haben den durch den Waffenstillstand geschaffenen Zustand mit ihrer Erklärung vom 10. Februar beendet. Gegenwärtig führen sie Krieg gegen die Ukrainische Volksrepublik, gegen Finnland, Estland, Litland, das Dongebiet und gegen das polnische Heer. Wie die Nachrichten der letzten Tage nicht mehr verkennen lassen, ist die ukrainische Regierung außer Landes, die Verpflichtungen, die sie mit dem Friedensvertrag übernommen hat, aus eigener Kraft zu erfüllen.“

Und in Wiener Blättern wird bezüglich der Hilfeleistung zugunsten der Ukraine gesagt:

„Eine militärische Unterstützung dürfte erforderlich sein, falls die Stapelplätze und Knotenpunkte des Landes gegen Banden, Einbrüche und bolschewistische Angriffe geschützt werden müßten. Es handelt sich hier um kein militärisches Bündnis, sondern um eine gemeinsame Organisation des Sicherheitsdienstes und Aufbringung des Getreides.“

Broffriede mit der Ukraine

hängt also noch sehr in der Luft. Umso mehr, als die Ueberredung der Rada von Kiew nach Schitomir wohl nicht nur erfolgt ist, weil durch eine solche „örtliche Näherredung“ die Verbindung mit Oesterreich-Ungarn verbessert werden könnte. Wie jetzt ergäuglich ist, ist

Kiew in den Händen der Bolschewiki.

Wenn die „Times“ recht unterrichtet ist, hat die österreichische Regierung den Volksbeauftragten angeboten, auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zwischen Nordrußland und der Ukraine zu vermitteln. Wien habe sich verpflichtet, die Kiewer Rada zu bedeutenden territorialen Zugeständnissen an die Petersburger Regierung zu veranlassen, dagegen verlangt, daß polnische Abgeordnete den Unterhandlungen über die schwebenden Fragen beiwohnen dürften. Der Rat der Volkskommissare habe nach erregter Sitzung das Wiener Angebot abgelehnt.

Die ukrainischen Delegierten in Brest-Litowsk haben der deutschen Reichsregierung eine Erklärung an das deutsche Volk übermittelt, worin es heißt:

An das deutsche Volk!

Am 9. Februar haben wir in dem tiefen und heißen Wunsch, mit unseren Nachbarn in Frieden und Freundschaft zu leben, einen Friedensvertrag mit den Staaten des Vierbundes unterzeichnet. Aber die freundigen Nachrichten vom 9. Februar haben uns keinen Frieden für unser Land gebracht. Der Feind unserer Freiheit ist in unsere Heimat eingedrungen. Von Norden fallen die gedungenen Banden der roten Garbisten in unser Land. Unter dem Befehl gewesener Polizisten und Gendarmen bringen sie in unsere Städte ein. Vor der ganzen Welt erklären wir, daß die Petersburger Regierung lügt, wenn sie von einem Aufruhr des Volkes in der Ukraine spricht, lügt, wenn sie die Zentralrada, das Parlament der Ukrainischen Volksrepublik, die aus ukrainischen Sozialisten besteht und weitgehende soziale und demokratische Reformen ins Leben gerufen hat, eine Rada von Bourgeois nennt.

In diesem harten Kampfe um unsere Existenz sehen wir uns nach Weichland um. Wir sind tief davon überzeugt, daß das freie und arbeitsliebende deutsche Volk nicht gleichgültig bleiben wird, wenn es unsere Not erfährt. Das deutsche Heer, das in der Planke unseres nördlichen Feindes steht, bejagt die Nacht, uns zu helfen und durch seine Eingreifen unsere nördliche Zone vor dem weiteren Eindringen des Feindes zu schützen. Das ist es, was wir in schwerer Stunde zu sagen hatten, und wir wissen, daß unsere Stimme nicht ungehört bleiben wird.

Man kann aus diesen Meldungen schon erkennen, wohin die Reihe wahrscheinlich zunächst gehen wird. Wir stimmen dem „Berliner Tageblatt“ zu, wenn es bei dieser Gelegenheit sagt: „Sache der politischen Leitung, der Reichsregierung ist es, die Sicherheit dafür zu schaffen, daß durch die Folger der militärisch für notwendig erachteten Maßregeln eine richtige Gesamtpolitik, eine Verständigung mit dem russischen Volke, nicht erschwert und gehindert wird. Weder darf auch nur ein Augenblick der falsche Eindruck entstehen, als sei eine Einmischung in die inneren Verhältnisse Rußlands beabsichtigt, noch darf der Argwohn nähren erhalten, hinter den zur Ausführung gelangenden Beschlüssen stehe der Gedanke an Eroberung.“

Inzwischen kommen aus den verschiedenen Teilen Nordrußlands

Alarmnachrichten

über Alarmnachrichten. Wir verzeichnen nachstehend einige derselben:

Wolffs Bureau meldet: In Döbel sieben eingetroffene eimische Flüchtlinge melden, daß die Maximilianen in Estland und Estland zahlreiche Deutsche und deutsch nützliche Eiferer verhaftet haben und daß bisher in Kaval über 1000 Personen interniert worden sind. Die Esten hätten die deutsche Regierung dringend um sofortige Hilfe, da sie sonst dem Untergang geweiht seien.

Diese Nachricht wird ergänzt durch folgende sensationell aufgemachte Volksmeldung aus Riga:

Nach hier eingetroffenen Nachrichten sind bis 10. Februar in Dorpat 300 Deutsche und viele deutschfreundliche Esten verhaftet worden. Alle Lebensmittel wurden konfisziert, so daß die Ernährung deutscher Frauen und Kinder kaum mehr möglich ist.

Hunderte der Verhafteten sind in die Kasematten nach Kronstadt übergeführt worden.

Das Leben der Verhafteten und Nichtverhafteten, die schon lange entwaist sind, schwebt ständig in allergrößter Gefahr, da die Maximilianen die Verhafteten als Geiseln gegen Deutschland verwenden wollen und unter den Nichtverhafteten ein Blutbad anzurichten drohen. Durch Maueranschlag wird der baltische Adel, Männer von 17 Jahren und Frauen von 20 Jahren für vogelfrei erklärt.

Der gibt Wolffs Bureau weiter folgende Meldung aus: Die bevollmächtigten Vertreter der estnischen Kreisgründungsbesitzer der Kreise Dorpat, Fellin, Pernau und des Dorpatener Hausbesitzervereins sind in Danzig eingetroffen und haben die deutsche Regierung im Namen aller estnischen Kreisgründungsbesitzer Nordostlands um Hilfe gegen die Schreckensherrschaft der Maximilianen und um sofortige Befreiung des Landes durch das deutsche Heer gebeten. — Ebenso haben die Hapsaler, deutsch und deutschfreundlichen Esten gestern Abgesandte an die deutsche Seereschiffung mit der Bitte um schnellste Befreiung des Landes geschickt, da sonst alles verloren ist.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht folgende des Privattelegramm aus Stockholm: Aus Petersburg hier ein getrocknetes neutrale Reisende schildern die Zustände im Rußland als orauenhaft. Es herrsche allgemeine Unsicherheit. Gut ge-

Die polnische Krise.

Durch die polnische Krise ist das mitteleuropäische Karthagen in seinem östlichen Trakt eingekürzt, und die Verlegenheit ist groß. Kein Wunder also, daß der alte Plan wieder lebendig wird, von Polen kreuz abzuscheiden, als man zur „strategischen Sicherung“ zu brauchen glaubt, und den Rest seinem Schicksal zu überlassen. Dieser Plan wird aber, wie wir hören, nicht nur von der Reichstagsmehrheit belächelt, die auf ihrem Standpunkt „keine gewalttätigen Annexionen“ stehen bleibt, sondern er wird auch vom preussischen Staatsministerium entschieden mißbilligt. Dieses hat kürzlich einstimmig einen Beschluß gefaßt, der sich mit größter Entschiedenheit gegen eine Erweiterung des von Polen besetzten Staats- und Reichsgebietes ausspricht. Die Gründe für diesen Beschluß liegen nahe genug, man glaubt, genug Polen im Lande zu haben und will kein weniger deutsches Deutschland.

Von alldeutscher Seite wird, großmütig wie immer, der Gedanke vertreten, das ganze Westrussland bis zu den Brückköpfen und dem Weipus-See zu annektieren, ohne seine Bevölkerung im Reiche staatsbürgerliche Rechte zu gewähren. Ueber dieses Gebiet ließe sich dann mit dem Standrecht ganz bequem regieren. Sicher ist einzuweisen nur, daß es drüber und drunter geht und daß kein Mensch weiß, was nun eigentlich werden soll.

Wiener Blättern zufolge fand Sonnabend eine Kaffersammlung des „Centralclubs“ statt, an der auch mehrere Militärliebes- und Ehrenkreuzer teilnahmen. In derselben wurde eine vom Abg. Daszynski vorgelegte, von der Parlamentskommission im Abgeordnetenhaus abgegebene Erklärung, sowie ein Aufruf an das polnische Volk, worin gegen die Zuerkennung des Cholmer Landes an die Ukraine protestiert wird, sowie eine gleichlautende Resolution im Herrenhause ohne Debatte einstimmig angenommen. Die Kundgebung ist im schärfsten Tone abgefaßt. Ueber das taktische Vorgehen im Abgeordnetenhaus wird der Centralclub am Montag beraten. Die Blätter melden weiter, daß zwei polnische Delegierte, die der Minister des Aeußeren, Graf Czernin, zu einer Besprechung einladet, die Einladung ablehnten.

Die Kriegslage.

Die Heeresberichte.
RUSS. Großes Hauptquartier, 17. Febr. (Amtlich.)
 Westlicher Kriegsschauplatz.
 Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
 In Flandern und im Artois vielfach auflebender Genesungsprozess.
 In kleineren Infanteriegefechten bei Cherise und südlich von Marcoing wurden Gefangene eingebracht.
 Heeresgruppe Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht.
 Bei Lahure und Ripont, an dem östlichen Maasufer und im Sundgau zeitweilig erhöhte Gefechtsaktivität.
 Unsere Truppen haben in der letzten Nacht Soudon, Douer, Dünlirgen sowie feindliche Seelstrickkräfte an der französischen Nordküste mit Bomben angegriffen.
 Ostlicher Kriegsschauplatz.
 Großrussische Front.
 Der Waffenstillstand läuft am 18. Februar, 12 Uhr mittags, ab.
 Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

RUSS. Berlin, 17. Februar. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.
RUSS. Wien, 17. Februar. (Amtlich.) Keine besonderen Ereignisse.
Wien, 16. Februar. (Amtlich.) Keine besonderen Ereignisse.

Rußland.

Die Kriegsgefangenen in Rußland.
 Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt: Die Petersburger Telegraphen-Agentur berichtet, daß der Kommissar für Kriegsgefangenenangelegenheiten in einer Denkschrift, die dem Rat der Volkskommissare vorgelegt wurde, mitteilt, daß die östlichen Räte alle Kriegsgefangenen freilassen und daß sich 40 000 Kriegsgefangene in Petersburg und Umgegend ohne Aufsicht aufhalten.

Eine neue Gefahr für die Bolschewiki.
 (Nachung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Unternehmungen des Generals Alexejew gehen im Gebiete von Taganrag vorwärts. Heftige Zusammenstöße haben zwischen der Roten Garde und dem Gegner stattgefunden. An drei Punkten kam es zu militärischen Operationen. General Erdely kämpft bei Kozlow, Alexejew bei Woronesch. In dem erbitterten Kampfe bei Woronesch wurden die Sowjet-Truppen von allen Seiten umzingelt. Alexejew hat einen strategischen Plan ausgearbeitet, um die Revolutionstruppen einzufreisen. Im Falle des Erfolges soll dann Alexejew über Woronesch und Charlow hinaus nach Petersburg und Moskau vorrücken.

England.

Der englische Generalstabschef Robertson ist zurückgetreten. Seinen Posten als Generalstabschef nimmt Sir Henry Wilson ein.
 In einem weiteren Telegramm wird noch mitgeteilt, daß Robertson den ihm zugehörigen Posten als Vertreter Großbritanniens im alliierten Kriegsrat, den bisher Henry Wilson, der Günstling Lloyd Georges, eingenommen hatte, abgetreten hat.
 Ist das vielleicht der Anfang der kommenden Ministerkrise?

Der Balkanrieg.

Nach letzte Antwort aus Rumänien.
 (Nachung des Wiener f. t. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Zuverlässigen Nachrichten aus Jassy zufolge hat General Averescu sein Kabinett noch nicht vollständig gebildet. Die Grundlage auf der es nach Averescus Wunsch zu stehen kommen soll, ist der Frieden mit den Mittelmächten.

durch militärische Entsendung zahlreicher Offiziere und Mannschaften ohnehin geschwächt, im Ämarisch nach Osten durch die Ukraine hindurch, zum Teil auf dem schnellsten Wege mit Hilfe der Bahn. Andere Regimenter und Divisionen sind nach heftigen Kämpfen mit ihren bisherigen Bundesgenossen auf das Gebiet Ungarns oder der Wallachei übergetreten. Sie sind den Heeren der Mittelmächte gegenüber durch rumänische Truppen ersetzt worden. Ueber diese sind zu schwach, um die 450 Kilometer lange Grenze von Chotin am Dnepr bis Galatz an der Donau hartnäckig verteidigen zu können, wenn sie von den Mittelmächten angegriffen werden. Die 120 Kilometer des Donau-Deltas sind hierbei noch gar nicht mitgerechnet, obwohl auch sie nicht ohne Bewachung bleiben könnten. Endlich ist ein Teil des rumänischen Heeres in Bessarabien eingebrungen und kämpft dort mit den Resten der Bolschewiktruppen. Würde der Kriegszustand seitens der Mittelmächte erneut aufgenommen, so müßte sich zum Unheil der Rumänen sehr rasch ein Mangel an Sachbedarf herausstellen, der nur aus den schwachen eigenen Kräften des Landes spärlich ergänzt werden könnte. Die Lage der Rumänen ist also hoffnungslos und wird wohl sehr rasch zu Verhandlungen führen. Dann werden auch dort beträchtliche Streitkräfte der Deutschen, der Oesterreicher, der Ungarn und der Bulgaren frei. Die Zahl der letzteren würde voraussichtlich völlig hinreichen, jede Verstärkung der mazedonischen Front durch widerwillige griechische Truppen mindestens wett zu machen, wenn Venizelos mit seiner Zwangsbildmachung Glück haben sollte.

Ein seltsamer Zustand besteht augenblicklich auf dem Nordteil anderer Ostfront. Herr Trojks hat die Beendigung des Krieges erklärt und die Gesamt-Demobilmachung des russischen Heeres befohlen. Indessen kann man einen Krieg wohl einseitig beenden, aber nicht einseitig beenden. Die Zustimmung der Mittelmächte zu dem Schritte Trojks steht aber in diesem Augenblicke noch aus. Dessen Erklärung bedeutet also vorläufig nichts anderes als ein Eingeständnis, daß Rußland militärisch niedergesämpft und unfähig zur Verteidigung ist. Er erkennt damit freilich nur einen Zustand amtlich an, der uns nach allen Nachrichten von jenseits der Demarkationslinie und aus dem Verkehr unserer Truppen mit dem Gegner nicht mehr verborgen war. Sollten hier unterdessen militärische Unternehmungen wieder aufgenommen werden, so müßte freilich zunächst der Waffenstillstand mit feindlicher Kraft angefochten werden; nehmen auch wir den Friedenszustand als gesichert an, dann würde der Waffenstillstandsvertrag von selbst hinfällig werden. Aber auch im ersteren Falle würde der Raum kriegerischer Unternehmungen aller Wahrscheinlichkeit nach ein begrenzter sein. Denn soweit wir sehen, befindet sich der größere Teil von Weiß-Rußland in den Händen eines russisch-polnischen Heeres, das angeblich 100 000 Mann stark ist und die Vereinigung des Gouvernements Mohilew mit dem Königreich Polen ausgerufen hat. Unseren eigenen Stellungen an der Linie Dünaburg-Wilna-Smogon scheinen allerdings noch schwache großrussische Truppenteile gegenüber zu liegen, die schwerlich einen ernsthaften Gegner abgeben würden. Am westlichen blieben wohl nur noch das Gebiet nördlich der Düna, wo — eintretenden Falles — neue Kriegshandlungen erwartet werden könnten. Jedenfalls wird also auch in dem nördlichen Teil der Ostfront ein Teil unserer Streitkräfte zu beliebiger anderer Verwendung frei werden.

Kann nötig darauf hinzuweisen, welche Bedeutung diese völlige Wankung der Verbältnisse für unsere gesamte Kriegslage heißt. Die größte Gefahr des kühneren Zweifrontenkrieges ging aus der überraschend schnellen Bereitschaft und der gewaltigen Uebermacht des russischen Heeres hervor. Es war dazu bestimmt, den Todesstoß gegen Deutschland zu führen und wäre vielleicht dazu gelangt, wenn nicht das überlegene Feldherrntalent Hindenburgs und die feilsche Tüchtigkeit und Tapferkeit des deutschen Heeres die Gefahr schwächer hätte. Immerhin haben wir drei Jahre gebraucht, um die harte Arbeit zu vollenden. Den Russen aber hätte verdammt Frankreich seine Rettung im Beginn des Krieges, den Russen und Italienern England die Nothilfe, um ein Millionenheer zu schaffen und aus allen Ecken der Welt bewaffnete Scharen gegen uns heranzuführen, und das gleiche gilt von dem vereinigten Staaten. Nur durch den Zweifrontenkrieg ist die lange Kriegsdauer, und die Wechselfälle des Glücks hervorgegangen worden, ohne ihn erstreckten wir uns schon längst wieder der Segnungen des Friedens.

Setzt man im großen Ganzen die Kraft der Mittelmächte frei, so muß eine rasche Lösung hinzutreten, wobei wir freilich nicht verhehlen wollen, daß auch unsere Gegner dort härter und härter gemordet sind. Die Verbältnisse liegen ja natürlich nicht mehr so günstig wie vor dreieinhalb Jahren. Trotzdem sehen die Gegner mit Bangen dem Frühjahrseinsatz entgegen, sie selbst können nicht hoffen, und hoffen tatsächlich nicht, daß die Hilfe der vereinigten Staaten den Anstoß des russischen Heeres ausgleichen könnte. Wer noch irgendwo Zweifel hegt, dem werden die Berechnungen des Kriegsministers Baler vor dem Ausschuß des Kongresses die Augen geöffnet haben. Er hat dort augenscheinlich einige sehr peinliche Stunden verbracht und der Sache nach eingesehen müssen, daß das amerikanische Heer im ganzen auch einjähriges Ausharren noch immer nicht fronthbereit ist, daß es ihm an Geschützen, an Geschützen, inselgebeßen auch an Ausrüstung und Kraft noch an einigen fehlt. Die ungeheuren Kosten in der Ausrüstung der Truppen in den Anstehungslogern müßte er unumwunden bekennen, und der Anstoß scheint sogar, daß die nötige Ausrüstung für die Truppen in Frankreich nachzubringen sei, mit anderen Worten, man hat bereits einige zehntausend Soldaten in solche närrischen Zustände nach Frankreich geschickt, um der Welt die Augen aufzumachen und monatelang gar in der Hoffnung, was sprechen zu können. Man soll nicht gelegentlich werden, daß augenblicklich Truppentransporte auch jetzt wieder im Gange sind, und man nimmt aus sehr abel, daß man ihnen kein freies Geleit über den Ocean bewilligen wolle, oder auch hierbei handelt es sich um Bruchteile, vielleicht um eine zweite Division, die transeuropäisch hinübergebracht werden soll und nur die Zeit des Krieges verstreichen kann. Aus Frankfurt sind außerdem H-Boote entsetzt, die auch auf verschiedenen Wegen, zum Teil über England, zum Teil auf Seewegen nach Frankreich, aber je bringt man diese Truppentransporte in irgend absehbarer Zeit nach Europa.

Unsere Gegner werden die eintretenden Kämpfe ohne Rücksicht auf die Kosten mit der größten Hartnäckigkeit führen. In Spanien einige Veränderungen hervorzubringen. Nach der Erklärung Trojks kann niemand die Türkei hindern, Truppen wieder zu entsenden. Das aber wird nicht ohne merkliche Aufschwümmung der Verbältnisse in Persien und in Mesopotamien bleiben.

Reiche Personen würden auf offener Straße gewarnt, ihre Kleider abzugeben. Steuern würden nicht mehr bezahlt. Bei der Landverteilung werde kein Bauer mehr Land bestellen, als für den eigenen Unterhalt braucht, sodas eine Hungersnot in den Städten unausbleiblich sein werde. Die Geistlichen und Lehrer lebten vom Bettel. In den Schulen würde kein Unterricht mehr erteilt. Die Bolschewiki hielten dort Schulen und forderten die Kinder zum Ungehorsam gegen die Eltern auf. Die Blätter in Christiania veröffentlichen ausführliche Telegramme über die Schreckensherrschaft der roten Garde in Finnland, die die Lösung ausgab, alle Bürger über 12 Jahre zu töten, was sie an vielen Orten bereits systematisch ins Werk setzten. In Helsinki begann die rote Garde jetzt auch Frauen und Kinder zu ermorden, die außerdem auch vielfach dem Hungertode preisgegeben sind, da die roten Garbitten alle Schwären und Trinken in den Privathäusern beschlagnahmten, obwohl dadurch die Zivilbevölkerung der nötigsten Lebensmittel beraubt wird. Die Zustände, besonders in Helsinki, werden von Augenzeugern als unjagbar furchtbar geschildert.

Zunächst sei noch ein Telegramm der Sanjagruppe der deutsch-finnischen Vereinigung an den Reichstagskanzler wiedergegeben:

Die rücksichtslose Vergewaltigung Finnlands, die schon vor dem Kriege immer wieder die Entrüstung der ganzen zivilisierten Welt hervorgerufen hat, ist heute weit in den Schatten gestellt durch die gütige Vandalensittlichkeit der russischen Revolutionsarmee. Einem Volke, das mit westlicher, insbesondere auch deutscher Kultur innig verknüpft ist und östlicher Gewaltherrschaft seit langem kraftvoll widerstanden hat, droht jetzt blutiger Untergang, wenn es im Todeskampf gegen seine Peiniger allein gelassen wird. Deutschland, welches den anderen unerbittlichen Randalen Finnlands gegenüber dieser barbarischen Willkür seinen besten Arm geliehen hat, Deutschland, dem die Geschichte die Aufgabe gestellt hat, in diesem Kriege einen von die Opfer gewöhnlichen Völkern weit überlegenem zu einem festen Band ewiger Kulturgemeinschaft zu knüpfen, lang diesem Todessturm nicht tatenlos zusehen. Deutschland darf nicht dulden, daß hier in letzter Stunde unmittelbar vor der Entscheidung dieses Ringens um hohe Menschheitsziele ein Volk zugrunde geht, welches seiner Zukunft Glück mit dem Siege der deutschen Waffen zu eng verbunden sieht. Wohl tiefsten Erbarmes und der Sorge um den Bestand dieser auch für Deutschland unergründlichen Güter bitten wir daher Euer Ergehen um den baldigen, kraftvollen Schutz des Deutschen Reiches gegen die bestenfalls durch revolutionäre Mitherrschaft in dem selbst von Rußland freigegebenen, aber zugleich von demselben Rußland ebenfalls an den Rand des Verderbens gedrückten Finnland.

Sanjagruppe der deutsch-finnischen Vereinigung.
 Dimpler-Säbed, a. Douer-Hamburg, Jacobi- Bremen, Wallroth-Säbed.

Es ist zweifellos, daß die Zustände in den hier benannten Gebieten sehr traurige sind. Manches aber scheint uns doch ziemlich übertrieben — wie das bei solchen Meldungen auch gar nicht ausbleiben kann — zu sein. Sogar die Kinder werden in diesen Meldungen schon mobil gemacht gegen ihre eigenen Eltern. Mit solchen Meldungen sollte man uns doch versehen; sie wirken nur lächerlich und tragen den Stempel der Lüge nur zu deutlich an der Stirn!

Ist es übrigens nicht sonderbar, daß alle diese Hilfsmittel aus den verschiedensten Gebieten gerade jetzt zu gleicher Zeit kommen?

Wohin auch hier der Kurs gelenkt wird, zeigen die vorliegenden Nachrichten.
 Zwischen geht der

Kampf in Finnland

wetter. Einem Telegramm der „Hansa“ zufolge hat am 6. Februar die finnische weiße Garde in Stärke von 5-10 000 Mann Kivola hart überfallen, die russischen Truppen entzweit und sich in den Besitz der Stadt und des Hafens gesetzt.

Schweden

wird in diesem Stadtkampfe in Finnland vernichtet.

Am „Sozialdemokraten“ wird der Vorschlag des Blattes, Reibner Böhm, nach Finnland zu ziehen, um die finnischen Sozialdemokraten für den Gehanten der kühnen Schwärzung zwischen den beiden kämpfenden Parteien in Finnland zu gewinnen.

„Dagens Nyheter“ werden aus Moskau: General Krawall erklärt, die finnische Regierung erzieht, daß die finnische Regierung bereit sei, zu verhandeln oder wenigstens einen Waffenstillstand herbeizuführen.

In Interesse des finnischen, schwedischen und nicht nur westlichen des deutschen Volkes möchten wir der Sanjagruppe Rat geben, daß dieser Berichtelungsbericht, der nicht hoch genug eingeschätzt ist, Erfolg hat.

Die Ereignisse im Osten überlassen wir wieder einmal Zufallschicksal, lange Stunden haben wir uns nicht bewegt!

Die neue Kriegslage.

Von Richard Götze.

Karlsruhe würde auch militärisch der notwendige Friedensschluß mit Gesamtdeutschland vorzuziehen sein. Er würde möglichst rasch Verhandlungen schaffen und in jedem Falle den Großteil der Streitkräfte frei machen, die Deutschland und Oesterreich-Ungarn gegenüber an der 1500 Kilometer langen Ostfront von der Düna bis zur Donau haben haben. Aber auch der Friedensvertrag mit der Ukraine bietet bereits jenseitige Vorteile. In dieser Stelle will ich mich die weitestgehenden Abmachungen nicht näher eingehen, obwohl es klar ist, daß sie bei einer Fortsetzung des Krieges gegen Rußland und militärische Bedeutung erlangen werden. Militärische und wirtschaftliche Kräfte haben sich nicht verhalten, sondern sie bestrafen und ergötzen sich gegenseitig. England jedoch durch den wirtschaftlichen Sieg über Deutschland werden rasch zum Zusammenbruch zu erzwingen, und bei uns erblickt man in dem Unterjoch eine gleiche Mittel England gegenüber.

Rußland ist die militärische Wirkung des Friedensvertrages mit der Ukraine in Artikel II: Die Kommandos der besetzten Gebiete wird zuerst nach der Kapitulation des gegnerischen Gegners beginnen. Die Fortsetzung des Russisch-Deutschen Friedensvertrages mit Rußland vom 15. Dezember 1917, mochte an rasch von der Gruppe keine operativen Truppeneinheiten vorgenommen werden können, ist jetzt notwendig geworden. In den galizischen und den westpolnischen Gebieten werden nicht nur Subversiv-Operationen verübt, aber in abgesehen sind die russischen Militärs, die dort noch stehen, zum Teil in die Hände der Russen. Unter Dnepr wird dadurch um 400 Kilometer verlegt.

In der Gruppe der Subversiv gegen Rußland — die letzte Teil der ukrainischen Selbstverwaltung — und in den Verhandlungen der Moldau herrscht noch kein Frieden, und es ist nur ein unruhiger Zwischenstand mit den Rumänen, das größte ist in der Dobruja der Don. Indessen sind hier die Truppen der jungen rumänischen Truppenteile

Wiener Blätter sagen am Schluß von Darlegungen über den Friedensschluß mit der Ukraine, die von informierter Seite stammen: Bezüglich Rumäniens erwarten wir in der nächsten Zeit die Erklärung, daß es mit uns in Verhandlungen zu treten bereit sei.

Der Seefriede.

Ein neuer deutscher Vorstoß in den Kanal.

WTB. Berlin, 16. Februar. (Amtlich.)

1. In der Nacht vom 15. zum 16. Februar haben abermals leichte deutsche Seestreitkräfte einen Streifzug in den westlichen Teil des Vermeerkanaals durchgeführt. Die bisherige umfangreiche Bewachung in der Straße von Dover-Calais und in der Linie Cap Grisnez-Follestone war nicht mehr vorhanden. Nur vor Dover wurde ein Vorpostenampfer angetroffen und durch Geschützfeuer versenkt. Unsere Seestreitkräfte sind ohne Zwischenfall zurückgekehrt.

2. Am 16. Februar griffen unsere Flugzeuge in den südlichen Hoofden englische Wasserflugboote an, die einen von England nach Rotterdam führenden Geleitzug begleiteten. Eines der Flugboote wurde durch Oberleutnant zur See der Reserve Christian Hansen brennend zum Absturz gebracht. Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden durch unsere U-Boote 6 Dampfer versenkt, darunter 2 mittelgroße Tankdampfer dicht unter der englischen Küste.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der Vorkoh gegen Dover.

Die englische Admiralität teilt mit: Ein schneller Vorkoh wurde von einer Flottille von großen feindlichen Zerstörern heute früh gegen 1 Uhr auf unsere Vorkohboote in der Straße von Dover unterworfen. Ein Fischdampfer (Trawler) und sieben andere Fischerfahrzeuge (Drifter), die auf ein U-Boot Saab machten wurden versenkt. Die feindlichen Zerstörer kehrten schnell nach Norden zurück, bevor unsere Kräfte den Kampf mit ihnen aufnehmen konnten.

Kreuzer meldet: Aus Dover wird über den Vorkoh der deutschen Torpedojäger im Kanal gemeldet: Am frühen Morgen land im Kanal ein Treffer statt. Es war hochdunkel als umreißer 1 Uhr morgens westlich von Dover schweres Feuer gemeldet wurde, das ungefähr ¼ Stunden anhielt. Das Feuer nahm an Heftigkeit zu, als die Schiffe weiter kanalarwärts fuhren, und wurde nach Osten schwächer. Am Morgen sind 10 Boote an Land gebracht worden.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Zur internationalen sozialistischen Konferenz.

Havas meldet: Die Kammergruppe der unifizierten Sozialisten empfing am Freitag vormittag die englischen und belgischen Delegierten, die zu einer Besprechung über die sozialistische Konferenz nach Paris gereist sind. Henderson und Ramsay MacDonald luden zum Erscheinen an dieser in London stattfindenden Konferenz ein, auf der die allgemeinen Grundzüge eines demokratischen und gerechten Friedens vereinbart werden sollen. MacDonald bemerkte, nach seinem Dafürhalten dürfe man sich mit einem hinteren Frieden nicht begnügen. Bevor die internationale Konferenz zusammentrete, müsse zwischen den Sozialisten der affizierten Länder vollständige Übereinstimmung erzielt sein. Die belgischen Delegierten Hunsmans und Bruquaets pflichteten der Erklärung bei.

Amerikas Krieg gegen die Mittelmächte.

Dem Repräsentantenhaus liegt ein zustimmender Bericht über einen Kriegskredit von einer Milliarde Dollars, der größten Anforderung in der Geschichte des Repräsentantenhauses, vor. Dieser Kredit ist zur Deckung des sofortigen Bedarfs des Kriegs-, Marine- und anderer Departements bestimmt. — Der Bericht führt an, daß 1200 000 Ausländer, außer den feindlichen Ausländern, im Alter von 21 bis 30 Jahren in den Vereinigten Staaten in die Listen eingetragen wurden.

Politische Rundschau.

Deutschl. ...

Die „Reform“ des Reichstages.

Ueber den Inhalt des Gesetzentwurfs über die Vermehrung der Reichstagswahlkreise und die Einführung der Verhältniswahl für die Reichstagswahlen erfahren wir: Vorgegeben ist eine Vermehrung der Reichstagskreise um mehr als vierzig. In einzelnen werden künftig Berlin 10, Teltow-Beeslow 7, Niederbarnim 3 Abgeordnete wählen, was für Groß-Berlin und Umgegend gegen den jetzigen Zustand eine Vermehrung der Abgeordnetenmandate um 12 ausmacht. Stark bedacht wird ferner das rheinisch-westfälische Industriegebiet. So werden Bochum künftig 4, Köln, Duisburg, Dortmund und Essen je 3, Düsseldorf und Elberfeld je 2 Abgeordnete zu wählen haben. Weniger stark ist die Vermehrung der Reichstagskreise im östlichen Industriebezirk. Dort werden nur in Königshütte und Hindenburg (Zabrze) die Mandate auf je zwei erhöht. Auch für die Großstädte im Reich sind entsprechende Vermehrungen der Reichstagskreise vorgesehen. So werden künftig Hamburg 5, Leipzig 4 Abgeordnete in den Reichstag zu entsenden haben. Für die genannten, wie noch für eine Reihe anderer großer Wahlkreise wird die Verhältniswahl eingeführt. Zu diesem Zweck werden die bisherigen Einzelwahlkreise zusammengelegt, so daß nach dem Gesetzentwurf Groß-Berlin statt 8 Wahlkreise deren 3 bilden wird, Berlin mit 10, Teltow mit 7 und Niederbarnim mit 3 Abgeordneten. Eine Zusammenlegung der bisherigen Einzelwahlkreise zu je einem mit mehreren Abgeordneten findet ferner statt in Breslau, Köln, Leipzig, dem Staat Hamburg u. a. Im westlichen Industriebezirk werden, um zu einheitlichen großen Wahlkreisen zu gelangen, auch bisherige Wahlkreise zerlegt.

Ang Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 18. Februar.

Zucker zur Bienenfütterung

Nach einer Bekanntmachung des Zollamtes an die Zuckervertreiber. Das mag notwendig sein. Wir hatten es aber nach den Erfahrungen des letzten Jahres für unbedingt erforderlich, daß an die Abgabe von Zucker, der nach Maß der Allgemeinheit zu kommen würde, die Bedingung geknüpft wird, daß die Zucker den größten Teil des erzielten Erlöses dem Erzeuger...

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 18. Febr. (Amtlich.)
Wöchlicher Kriegsausgang.

An vielen Stellen der Front lebte am Abend der Artilleriekampf auf. Die Infanterietätigkeit blieb auf Erkundungsgesichte beschränkt.

Bei klarem Frostwetter waren die Flieger am Tage und in der Nacht sehr tätig. Militärische Anlagen hinter der feindlichen Front wurden in großem Umfang mit Bomben belegt. Ein Flugzeug griff London an. In den beiden letzten Tagen wurden im Luftkampf und von der Erde 16 französische Flugzeuge und zwei Fesselballons abgeschossen.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister.
Rubensdorf.

rungsausgang zur Verfügung zu stellen haben und daß hierüber auch eine strenge Kontrolle stattfindet. Hier kann es, wenn das zur Verfügung stehende Quantum zu einer Allgemeinverteilung nicht ausreicht, für besondere Heilzwecke oder für kleine Kinder Verwendung finden. Es darf nicht wieder vorkommen, daß König jenseitweise in die Häuser der Bekleideten wandert, während kranke Menschen zu Heilzwecken nicht einmal ein Gramm hiervon austreiben konnten.

Wohin der Preisanzreiz führen kann.

Am Laufe der Kriege ist von den in Betracht kommenden Instanzen der Preis für die verschiedensten Produkte oft aus dem Grunde in die Höhe getrieben worden, um dadurch Produzenten und Erzeuger anzureizen, mehr zu produzieren und anzubauen. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Produktion unter den Kriegsverhältnissen nicht ins Ungemessene zu steigern ist und daß eine übermäßige Preissteigerung sogar ins Gegenteil umschlagen kann. Die Deutsche Lösszeitung“ bestätigt das, wenn auch mit anderen Worten. Sie verweist auf die Küstungsbauarbeiten, die allerlei Lebensmittel bekamen und doch darüber murkten, „daß es neben diesen schönen Dingen nicht noch mehr Kartoffeln und Zwieback gebe“, und schließlich eine längere Arbeitszeit verlangten mit der Begründung: „Es ist ja Krieg, es wird ja genau verdient: man da sich besonders anstrengen und arbeiten.“ Das führende Organ der Landwirtschaft schließt hier am liebsten von den Landwirten auf die Arbeiter. Es wird kaum einen Arbeiter geben, der sich wenig anstrengt und arbeitet, weil er ja genau verdient.“ Die Lebensmittelverpreise sind doch in weit höherem Maße gestiegen als die Löhne, und selbst, wenn der Arbeiter heute mehr verdient, dann ist er sich, damit entweder Schulden bezahlen zu können oder Perikulis nachzuzahlen oder auch sich ein paar Wochen zu ersparen für die Arbeitslosigkeit und Krankheit. Man könnte den Satz eher auf die Landwirtschaft anwenden. Wenn die Preise zum Anreizen der Produktion allzu hoch gesetzt werden, dann lassen manche Landwirte: „Es wird ja genau verdient, man da sich besonders anstrengen und arbeiten.“ Und sie setzen vielleicht noch dazu: „Der Verkauf von wenigen Produkten bringt mir genug ein; dann plauge dich weniger und lebe etwas besser, als du es im Frieden ermahnt hast.“ Also würde mit allzu hohen Preisen erreicht werden, daß erstens nicht so viel angebaut wird, und das zweitens die erheblichen Produkte nicht reiblos abgetiefert werden. Das führende landwirtschaftliche Organ scheint gar nicht zu empfinden, daß es sich mit dem fortgesetzten Sejmern über die „hohen Löhne“ selbst in die Messen setzt.

Rationierte Güter sind unpfändbar!

Eine Entscheidung von außerordentlicher praktischer Wichtigkeit hat das Landgericht in Magdeburg getroffen, indem es die Unpfändbarkeit rationierter Kohlen feststellte. Ein Gerichtsvollzieher hatte bei einer Schuldnerin 15 Zentner Britische gepfändet, diese Pfändung wurde durch Beschluß des 3. Zivilsenats des Landgerichts Magdeburg mit der Begründung als unstatthaft bezeichnet, daß anlässlich der zum Zwecke der Rationierung der vorhandenen Vorräte eingeführten Kohlenkarten die Schuldnerin nicht in der Lage sein würde, sich im Verlaufe des Winters weitere Feuerungsmittel, als sie jetzt im Besitz habe, zu verschaffen. Hiernach würde eine Pfändung der vorhandenen nur 15 Zentner Britische bei der Schuldnerin ihr die im § 811 Absatz 2 der Zivilprozessordnung vorgesehene Menge von Feuerungsmitteln unüberbringlich entziehen.

Der Aufstieg der Begabten.

In der „Deutschen Schule“, der wissenschaftlichen Monatschrift des Deutschen Lehrervereins, nimmt der Marburger Universitätslehrer Prof. R. Katorp Stellung zu den Fragen des Aufstiegs der Begabten und der Schulorganisation. Seine Ausführungen verdienen, in weiten Kreisen Beachtung zu finden. Er sagt u. a.: Ganz allgemein wird bei der Wahl der Schule nicht so sehr auf die besondere Begabung des Schülers und die durch diese bestimmte Berufswahl gesehen, als vielmehr darauf, daß der Schüler in einen Beruf kommt, der ein gewisses gesellschaftliches Ansehen genießt und eine gewisse Lebensstellung verspricht. Es handelte sich somit bisher immer nur um den Aufstieg in die höhere Gesellschaftsschicht, nicht um den Aufstieg der Begabten. Die verhängnisvolle Folge ist, daß in die Berufe, die die höchsten Anforderungen an allgemein geistige, insbesondere wissenschaftliche Befähigung stellen, die verhältnismäßig kleine Zahl wirklich Begabter hineinkommt. All diesen Mängeln unseres inneren, geistigen Lebens und Kräfteverbrauchs, den Schäden der geistigen Blutzirkulation unseres Volkes aufs allerdringlichste nachzudenken und, nachdem sie so lange schon aufgedeckt sind, ihnen auch endlich wirksam abzuhelfen, ist jetzt dringender als je notwendig. Jede Kraft sollte an die Stelle kommen, wo sie ihr Bestes leisten kann und muß. Dazu ist aber unerlässlich ein solches System unseres Bildungswesens, welches wirklich jede Begabung zu erlassen, für das, was sie am besten zu leisten vermag, richtig auszubilden und dafür bereitzustellen geeignet ist. Dazu aber ist das bis jetzt herrschende System eben unbedingt unzulänglich; es muß geändert werden, oder wir werden ersticken.

Es gibt aber keinen anderen Weg der Befundung als den der Einheitschule. Die deutsche Schule muß so eingerichtet werden, daß sie jeder Eigenart der Begabung die Möglichkeit bietet, sich so frei und eigen, wie es mit einer Schulorganisation überhaupt vereinbar ist, zu betätigen und durch tüchtige Leistung sich zu beweisen, um dann den Weg der weiteren Ausbildung angewiesen zu bekommen, der gerade ihr am besten weiterhilft. Das Wie der Ausführung mag wohl noch viele Versuche fordern, ja eine unerschöpfliche Fülle größtenteils bisher unerkannter und unangeregter Fragen einschließen. Die neue Schulorganisation kann auch nicht von heute auf morgen durch einen Ausschluß ausgeübt werden und auf eine Verordnungswege eingeführt werden. Katorp schlägt daher vor, daß zunächst eine einzelne, nicht zu große noch zu kleine, wohlhabende und bildungsstrebende Stadt oder ein kleines Land während vorangeht, den Versuch, in der erreichbaren Reinheit durchzuführen und die Möglichkeit der Sache durch die Tat beweise. Das Beispiel müßte dann notwendig Nachfolge finden, da selbst in kurzer Frist sich zeigen würde, daß durch die allgemein erhöhte Tüchtigkeit aller und jeder Leistung die zweifellos hohen Kosten sich höher bezahlt machen.

Würde Lübeck zu den in dem hier gebachten Sinne bildungs- freundlichen Städten gehören, dann wäre es schon aus dem Grunde ernstlich in Betracht, weil es ein Stadtstaat ist. Lübeck ist aber bei dem hier herrschenden Geist — der sich jeder Neuerung abhold zeigt — nicht daran zu denken, daß die Oberbehörden, Senat und Bürgerschaft in dieser Richtung bahnbrechend vorgehen.

Das Einigungsamt als Hypotheken-Einigungsamt.

Dit hat das Einigungsamt in Mieteinigungsachen von einem Vermieter zu hören bekommen, er könne die ausgesprochenen Mieteinigungsachen nicht zurücknehmen, weil er bezüglich seiner Hypothekenzinsen erheblich gekürzt sei; er halte es auch für Unrecht, daß zwar das Einigungsamt über Mieteinigungsachen und ihre Berechtigung entscheiden dürfte, daß es aber nicht die Befugnis habe, darüber zu entscheiden, ob Hypothekenzinseigerungen berechtigt erschienen oder nicht. Die Grundstückeigentümer klagen also vielfach darüber, daß das Gesetz dem Mieter gegenüber Schutz vor unberechtigten Erhöhungen gewährt, während es dem Vermieter einen ähnlichen Schutz gegenüber ihren Hypothekenzinsgläubigern verweigert. Anzuerkennen ist immerhin, daß in vielen Fällen die Hypothekenzinsgläubiger auf die durch den Krieg geschaffenen besonderen Verhältnisse Rücksicht nehmen und aus diesem Grunde von Erhöhungen absehen; aber in allen Fällen ist dies doch nicht der Fall. Eine entsprechende Bestimmung, wie sie die österreichische Mietrechtsverordnung enthält, die bestimmt, daß auch das Einigungsamt auf Antrag der Parteien über die Berechtigung einer Hypothekenzinseigerung zu entscheiden hat, fehlt in der Bundesratsbekanntmachung vom 26. Juli 1917 zum Schutz der Mieter. Wohl aber gibt die Bundesratsbekanntmachung vom 18. Dezember 1914 betr. Einigungsämter dem Einigungsamt die Handhabe, auf Antrag eines Hypothekenschuldners zwischen Hypothekenschuldner und Hypothekenzinsgläubiger zur Herstellung eines billigen Ausgleiches vermittelnd einzugreifen. Wenn auch diese Bundesratsverordnung dem Einigungsamt lediglich eine vermittelnde, aber keine entscheidende Tätigkeit in Hypothekensachen anerkennt, so ist doch auch die Tätigkeit des Einigungsamtes auf Grund dieser Verordnung in Hypothekensachen nicht zu unterschätzen, denn das Einigungsamt vermag durch die genaue Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse sehr häufig auf dem Hypothekenzinsgläubiger einzuwirken und wird in vielen Fällen umzuwenden sein, durch seine Tätigkeit eine nicht berechtigte Hypothekenzinseigerung im Vergleichsweg aus der Welt zu schaffen. Hypothekenschuldner, die in ihren Hypothekenzinsen von ihren Gläubigern gekürzt sind, können sich für den Fall, daß sie die erfolgte Erhöhung für übermäßig oder nicht berechtigt halten, an das Einigungsamt bei dem Stadt- und Landamt in Lübeck, Parade 1, wenden.

Die Papiernot der Zeitungen.

Mit welchen Uebelständen die Zeitungen gegenwärtig zu kämpfen haben, wissen die Leser nur aus den kurzen Lokalnotizen, wenn es heißt: „Infolge der mangelhaften Belieferung mit Papier usw.“ Von dem jähren und meist nicht sehr aussichtsreichen Kampfe, den die Zeitungsverleger um das Papier führen, wissen nur die Näherstehenden. Jetzt sieht es aus, als ob die Geschichte schlimmer werden soll. Unser Dresdener Parteiblatt druckt ein Schreiben der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe an die Verleger von Tageszeitungen ab, aus dem man ersehen kann, wie ernst die Lage ist. In diesem Schreiben heißt es u. a.:

„Trotz denkbar größter Bemühungen aller in Betracht kommenden Stellen kann eine regelmäßige und ausreichende Belieferung der Druckpapierfabriken mit Kohlen leider nicht gewährleistet werden und der durch das Ausbleiben der Kohlen und die dadurch verursachten Betriebsstörungen hervorgerufene Ausfall in der Erzeugung läßt sich zurzeit nicht wieder einbringen. Wir erwarten es bei dieser Sachlage und bei den durch die lange Dauer des Krieges bedingten schwierigen Verhältnissen für unsere Pflicht, den Herren Zeitungsverlegern in ihrem eigenen Interesse dringend zu raten, bei der Verwendung von Druckpapier die denkbar größte Sparsamkeit walten zu lassen und mit allen Mitteln bestrebt zu sein, durch Herstellung von im Umfang besonders beschränkter Ausgaben Vorräte anzuhäufen, die sie nur bei der Notwendigkeit, das Erscheinen der Zeitungen einzustellen, schützen, wenn eine Sendung einmal einige Tage ausbleiben sollte. Die Schaffung dieses eigenen Bestandes muß im Rahmen des dem einzelnen Verleger zusehenden, gleichmäßigen Bezugsrechtes erfolgen, da auf Lieferung besonderer Mengen Druckpapier zur Schaffung von Vorräten keineswegs gerechnet werden kann. Wenn manche der Herren Verleger diese weitere Einschränkung über das vorgeschriebene Maß hinaus unter Umständen im ersten Augenblick vielleicht als unüberführbar bezeichnen werden, so glauben wir doch schon jetzt darauf hinweisen zu sollen, daß es, so bedauerlich es ist, uns richtiger erscheint, in den nächsten zwei Monaten den Umfang der Zeitungen noch weiter herabzusetzen, als eines Tages überhaupt kein Papier mehr zur Herausgabe der Zeitungen im Hause zu haben.“

Sechs Magdeburger Blätter veröffentlichen das folgende: „Der Papiermangel hat in der letzten Zeit infolge der Schwierigkeit der Kohlenbelieferung der Papierfabriken und der Wagenstellung für den Transport des Papiers einen Umfang angenommen, der die Verlage zwingt, den Umfang ihrer Zeitungen noch weiter einzuschränken. Nur dadurch können sie eine gewisse Gewähr dafür bieten, daß nicht während des kommenden Winters mit seinen voraussichtlich noch zunehmenden Kohlen- und Verkehrsschwierigkeiten das Erscheinen der Zeitungen vorübergehend überhaupt in Frage gestellt wird. Wir richten deshalb an unsere Leser die Bitte, für weitere Einschränkungen der Zeitungen nur die Notlage verantwortlich machen zu wollen und versichert zu sein, daß von uns und von den zuständigen amtlichen Stellen alles geschieht, um den Notstand beheben zu helfen, der zurzeit außerhalb unserer Einwirkungsmöglichkeiten liegt. Gleichzeitig müssen sich die Verlage außerstande erklären, die Termine für die Veröffentlichung von Inseraten in allen Fällen einzuhalten.“

Das „Hamburger Echo“ erschien an einem Tage dieser Woche nur zweifach.

Wir meinen, daß bei verschiedenen Sachen, auf die wir heute nicht näher eingehen wollen, und auch bei hiesigen Behörden mehr Sparsamkeit im Papierverbrauch am Plage wäre.“

Wanderausstellung der Erbschleichen-Gesellschaft. Die von der „Kriegshilfe“ veranstaltete Ausstellung der Berliner Erbschleichen-Gesellschaft ist gestern, Sonntag, vormittag um 11 Uhr eröffnet worden. Aus diesem Anlaß waren zahlreiche Vertreter des Senats, der Bürgerschaft, der Behörden, der Gewerbetreibenden und besonders viele Mitglieder des Schuhmacherhandwerks erschienen. Der Leiter der Ausstellung, Herr Bod, eröffnete kurz nach 11 Uhr die Ausstellung mit einer Ansprache, in der er darauf hinwies, daß die Erbschleichen-Gesellschaft seit November 1916 besteht und zu dem Zwecke gegründet ist, die Bevölkerung Deutschlands mit Sohlen zu versorgen. Herr Bod wies darauf hin, daß auch bei baldigem Friedensschluß noch lange nicht die frühere Ledererzeugung für die Bevölkerung eintreten kann, da besonders Sohlenleder aus dem Auslande kommt und in absehbarer Zeit sicher nicht in so zahlreichen Mengen eingeführt werden kann, um eine geregelte Versorgung der Bevölkerung herbeizuführen. Deshalb müsse für geeigneten Ersatz gesorgt und besonders darauf hingewirkt werden, daß die Schuhmacher auf diesem neuen Gebiete praktische Kenntnisse erwerben. Zu diesem Zweck sei mit der Wanderausstellung eine Lehrwerkstatt verbunden, in der den Schuhmachern die neuen Handgriffe beigebracht würden und so sei zu erhoffen, daß auch der Lübecker Bevölkerung guter Sohlenersatz geliefert werden wird. Der Leiter der hiesigen Gewerbetreibenden, Herr Dr. Schundt, forderte dann die Schuhmacher auf, sich recht zahlreich an dem Lehrkursus zu beteiligen, damit sowohl das hiesige Handwerk Vorteil davon bekomme, als auch der Bevölkerung entgegengebrachter vorzüglicher Ersatz zugestanden werde. Der Obermeister der hiesigen Schuhmacher-Zunft, Herr...

Der zerstörte Nimbus um Tirpitz.

Zu den Leuten, die von der „Deutschen Vaterlandspartei“ als Retter des Vaterlandes angehimmelt werden, gehört besonders der ehemalige Staatssekretär des Reichsmarineamtes v. Tirpitz. Im „Reichsboten“ veröffentlicht der Reichstagsabgeordnete Dr. Struensee einen Artikel, der den Nachweis führt, in welchem Umfang sich v. Tirpitz der Anwendung der Unterseeboote widersetzt hat. Gerade im Hinblick auf die Tatsache, daß am 1. Februar der verhängnisvolle U-Boot-Krieg genau ein Jahr geführt worden ist, haben die Feststellungen Dr. Struensees, dessen Schlusfolgerungen wir uns natürlich nicht anschließen, ein besonderes Interesse.

Dr. Friedrich Naumann hat den Großadmiral v. Tirpitz mit Wallenstein verglichen. Der Herzog von Friedland hielt in Eger Hof, Herr v. Tirpitz im Hotel Bristol. Seine Getreuen feiern ihn; Herr v. Camp stellt ihn neben Hindenburg. Der Großadmiral dankt und verkündet: Schon 1905 sei er, sei die ganze Marine von der Notwendigkeit und Durchführbarkeit des U-Boot-Krieges „bis zum letzten Matrosen“ überzeugt gewesen.

Eine geschäftige Presse verbreitet diesen Satz überallhin. Wie muß dieser Ausdruck wirken? Wieviel Kummer, wieviel Bitterkeit und Tränen löst er aus? Ein Wort zur Wehr ist nötig. Was schon 1905 alle technisch klar denkenden Angehörigen und Freunde der Marine von der Baupolitik des Staatssekretärs v. Tirpitz dachten, kann heute, im Kriege, noch nicht verraten werden, aber die Öffentlichkeit muß wissen, was Herr v. Tirpitz als Staatssekretär über die U-Boote gedacht und gesprochen hat, wie er im Amte gehandelt hat. Dann kann sie selber urteilen.

Am 11. Mai 1904 sprach Herr v. Tirpitz im Reichstage:

„Die Marineverwaltung hat in den letzten Jahren vor allem die Aufgabe gehabt, das Flottengedächtnis durchzuführen, um die Kräfte auf diese schwierige Aufgabe konzentrieren zu können. Daß die Unterseeboote an der ganzen maritimen Situation ändern werden, insbesondere an der Frage, welches das Wichtigste ist, um einer Flotte und Marine Seegeltung zu verschaffen, das glaube ich nicht. Ich glaube, wenn auch die Verluste mit den Unterseebooten günstig ausfallen, daß sie wohl zu gewissen lokalen und sekundären Zwecken dienen können; eine große Umwälzung aber werden sie niemals herbeibringen, wenn nicht noch große Mittel angesetzt werden und speziell die Frage des Einsatzes unter Wasser in weit höherem Maße gelöst wird, als es bisher der Fall gewesen ist.“

Seit diesem Ausspruch waren für die weitesten Kreise die Unterseeboote blind. Auch „Nauticus“ mußte diese Ansicht halbamtlich verbreiten: „Man ist zwar innerlich überzeugt, daß das mit Blindheit geschlagene Unterseeboot ewig blind bleiben wird.“ (1) Und dabei war schon seit Ende der 90er Jahre das U-Boot durch sein Periscope auf mehrere Seemeilen lebend. Aber dies „Geheimnis“ war anscheinend noch nicht an das Reichsmarineamt gelangt! Aber es wurden doch „Verleumdungen“ ausgesagt. Ein Fortschritt! Am 23. Februar 1908 hatte Eugen Richter als erster im Parlament den Staatssekretär auf die Wichtigkeit des U-Boot-Baus aufmerksam gemacht, aber eine glatte Absage bekommen.

Am 15. Februar 1905 meinte Herr v. Tirpitz, es sei bisher nicht angängig gewesen, sich mit Versuchen mit Unterseebooten eingehender zu befassen: Die Durchführung des Flottengesetzes sei finanziell und personell recht schwierig. Die Unterseeboote hätten eine ganze Anzahl produktiver Offiziere erfordert, die zurzeit besser für die Torpedowaffe Verwendung finden.

Also keine Zeit, keine Kraft für die neue Waffe. Unter erstes U-Boot wurde endlich am 14. Dezember 1906 in den Dienst gestellt, von der Kruppischen Germaniawerk gebaut — es fährt noch heute. Unter zweites Germania am 18. Juli 1908 fertig. In vier Jahren ganze zwei Boote!

Die ersten U-Boote der Germaniawerk: „Karp“, „Karas“ und „Kambala“ gingen nach Rußland. Unser Kaiser

hatte sie schon, wie sie im Bau waren, beschäftigt, ebenso das erste U-Boot der Kieler Werft: die „Forelle“ — im Herbst 1902. In der Kieler Woche 1905 machten sie ihre Übungen unter den Augen des Landesherrn. Zwei geglättete Torpedotreffer auf den Kreuzer „München“ brachten für den Kommandanten eine Auszeichnung und für uns den Glauben, jetzt endlich würde der U-Boot-Bau auch bei uns in Deutschland und mit aller Kraft gefördert werden. Wir haben uns bitter getäuscht. Herr v. Tirpitz ließ sich nicht beirren: er glaubte nicht an die U-Boote. Er traute der neuen Waffe nicht. Die Erfahrungen mit „seinen Torpedoboote“ schmerzten ihn.

Am 13. Dezember 1907 erklärte Herr v. Tirpitz in der Budgetkommission u. a.:

„Die Marineverwaltung ist von der Presse häufig angegriffen worden, daß sie mit dem Bau von U-Booten zu lange gezögert habe. Wir haben der Unterseebootsfrage gegenüber niemals eine ablehnende, sondern nur — und zwar mit vollem Recht — eine abwartende Stellung eingenommen. Jetzt ist die Entwicklung des U-Bootes soweit gefördert, daß auch wir vorwärts gehen müssen. Ich glaube aber nicht, daß die U-Boote eine umwälzende Wirkung auf den Seerrieg haben werden, dazu sind ihrer Brauchbarkeit zu enge Grenzen gesteckt. Die Angriffe der Presse können uns nicht von unserem Standpunkt verdrängen. Die Frage der Unterseeboote befindet sich noch im Besuchsstadium.“

Bei dieser Ansicht blieb der Staatssekretär. Keine Angriffe der Presse, kein Bitten und Drängen des Reichstages half.

Am 17. März 1909 hörten wir von Herrn v. Tirpitz in der Budgetkommission:

„Die Führung des Kleinkrieges ist ohne Schlachtschiffe gar nicht möglich. Der springende Punkt ist die Frage des Herankommens, und zwar des mit Sicherheit Herankommens an das Objekt, an das Gros des Gegners, das können wir nicht ohne die Schlachtschiffe. Wie wäre wohl die Welt entwirrt, wenn heute die deutsche Marineverwaltung bestände mit 40 Unterseebooten, die nur den Wert von altem Eisen hätten? Von der Entwicklung unserer Marine (so wie wir sie gemacht haben und machen) werden wir nicht um Saarsbreite abweichen.“

Diese Rede des Staatssekretärs machte damals einen gewaltigen Eindruck. Wir Befürworter eines Ausbaues der U-Boote zu einer Hauptwaffe — wir folgten dem Vizeadmiral a. D. Dr. h. c. Galster, und um dessen Schrift „Welche Seerüstung braucht Deutschland?“ ging an dem Tage der Streit — waren in hoffnungsvoller Minderheit. Die Folgen dieser Worte hatten gewirkt, sie haben leider auf Jahre hinaus gewirkt und — gehindert. Heute erkennen wir alle den Irrtum: die Ueberhöhung der Schlachtschiffe, die Verleumdung des Kleinkrieges! Gerade das Gegenteil hat das Vorterrängen gezeitigt. In die Jahre, auf allen Meeren, gegen Kriegs- und Handelschiffe.

Und das alte Eisen? 1909 wurden zwei Boote in Dienst gestellt. 1910 folgte am 18. April das berühmte „U 9“, Weddighens Boot. Unser ältestes Frontboot vernichtete am 22. 9. 14 drei englische Panzerkreuzer! Hätten wir nur 40 solcher Boote gehabt! Und wir hätten viel mehr als 40 haben können, wenn Herr v. Tirpitz nur gewollt hätte! Aber er wollte nicht. Er erklärte uns: wir machen ja alles, was Vizeadmiral Galster will, Galster weiß eben nicht alles, was wir machen.

Über geholt wurde trotz dieser olatten Zusage wieder nicht. 1910 sind ganze vier U-Boote in Dienst gestellt. Dabei versprach uns Herr v. Tirpitz in der Budgetkommission im Februar 1910, im Herbst 1910 würden 14 tabellöse U-Boote vorhanden sein. Wir waren hoch erfreut im beglückwünschte meinen Kollegen Dr. Leonhart zu dem Erfolge. Wir mukten an eine Sinnesänderung des Herrn Staatssekretärs glauben.

Aber leider wurden wir später bitter enttäuscht. Heute weiß ich, daß unser achtes U-Boot am 21. September 1910 in Dienst gestellt wurde, und daß das neunte erst am 18. Juni 1911 folgte. Und das U-Boot 14 kam erst am 25. April 1912!

Herr v. Tirpitz war und blieb Gegner dieser neuen Waffe. Bis in den Krieg hinein. Das hat er mit dürren Worten dem Amerikaner v. Wiegand selbst gesagt. Am 21. Dezember 1914 lasen wir über das Gespräch, das einen

Monat früher stattgefunden hatte, folgende Worte des Staatssekretärs:

„Daß die U-Boote ein neues und großes Kampfmittel in der Seerriegführung sind, ist nicht zu bestreiten. Wir glauben früher, sie könnten kaum länger als drei Tage von ihrer Bahr fortbleiben, da die Besatzung dann erschöpft sein müßte.“

Mit diesen Worten spricht Herr v. Tirpitz selbst das härteste Urteil über seine U-Boot-Politik aus, härter, als je seine Kritiker es tun konnten. Denn er erklärt mit dürren Worten und, wie sein Ausdrager urteilt, mit einer bisher unbekanntem Offenheit, daß er noch im Kriege keine Ahnung von den Verwendungsmöglichkeiten der U-Boot-Waffe gehabt hat und daß er sie während seiner langen Dienstzeit nicht genügend hat ausproben lassen. Ohne Feststellung der Leistungsfähigkeit der Boote im Frieden konnte weder ein richtiger Verwendungsplan im Kriege, noch der Umfang der Boatsbeschaffung richtig festgelegt werden.

Ebenso bestrebend klingen die anderen Sätze des Herrn v. Tirpitz: Man dürfe indes nicht vergessen, daß die U-Boote am besten an den Küsten und flachen Gewässern operieren und daß aus diesem Grunde der englische Kanal besonders dafür geeignet sei. Es sei noch eine Frage, ob die U-Boote sich in anderen Gewässern so ausgezeichnet hätten hätten können.

Zufälliges Wilsen, Vertrautheit mit den U-Booten klingt aus diesen Worten nicht heraus!

Man sieht, Herr v. Tirpitz ist sich in der verkehrten Einschätzung der U-Boot-Waffe von 1904 bis 1914 nur zu treu geblieben.

Ueber die U-Boot-Baupolitik des Staatssekretärs während des Krieges kann heute noch nichts Genaueres mitgeteilt werden. Sie war so, wie sie nach seinem früheren Verhalten zu dieser Frage sein mußte.

Keine Unterlassung hat dem deutschen Volke mehr geschadet, als die des Herrn v. Tirpitz. Keine den Krieg mehr verlängert.

Tatsachen werden eben durch noch so lächerliche Behauptungen nicht aus der Welt geschafft.

Prinz Max von Baden über den Frieden.

Das Wolffsche Telegraphenbureau veröffentlicht eine lange Unterredung, die sein Direktor, Dr. Mautner, mit dem babilischen Thronfolger und Präsidenten der Ersten Kammer gehabt hat.

Die Ausführungen des Prinzen zeichnen sich durch ihre Lebhaftigkeit und ruhigen Objektivität aus. Selbst den Bolschewik wird zugestanden, daß sie, soweit sie Idealisten sind, für eine Idee kämpfen, als deren entscheidender Gegner sich der Prinz allerdings bekennet: Die Zerstörung der Nationen. Gegen diese „moralische Infektion“ sucht Prinz Max Abwehrmaßnahmen, die sehr vernünftig gedacht sind, u. a. sagt er:

Wir müssen der Weltordnung Trost geben, die die Freiheit zerstört, eine Weltordnung entgegenzusetzen, die die Freiheit schützt. Deutschland soll es getrost bekennen, daß es das Glück und das Recht anderer Völker in seinen nationalen Willen aufnimmt. Unser Name darf nicht nur innerhalb unserer Grenzen einen guten Klang haben. Alle großen Nationen müssen einen Weltenszustand anstreben, wo ihr Name mit Würde und Hoffnung überall dort genannt wird, wo Unrecht geschieht. Hier darf Deutschland nicht auf die moralische Weltgeltung verzichten. Das heißt einen Verzicht auf den Frieden anstreben.

Prinz Max findet die Verbitterung mancher Kreise aus der Gegenwart des Krieges erklärlich, hält sie für eine Gefahr, aber mahnt doch:

Wir müssen aufhören, bei unseren internen Auseinandersetzungen beim politischen Gegner immer noch unpatriotischen Motiven zu folgen; solche Nationen dürfen nicht laut werden, sei es auch nur als Waffe im Nebekampf. Das ist eine Verurteilung an der Front und der Besetzung, die dort herrscht.

Bei Besprechung der letzten Wilsonbotschaft verweist er auf jene Stelle, in der der Präsident auf ein Weltfriedensverhältnis verweist und meint, alles wäre gewonnen, wenn einmal die Völker so weit wären, zueinander zu sprechen, ohne Anspruch auf Unfehlbarkeit, vielmehr in einer christlichen Gesinnung.

Handel und Wandel.

Von F. W. Haslender.

26. Fortsetzung.

Kleine Reiseabenteuer.

So zogen wir zum Tore hinaus, Frühling um uns her, Frühling im Herzen. Die Vögel auf dem Feste fliegen auf, die Sonne ist uns freundlich ins Gesicht und taucht die Nebel in Schlacken und Täler zurück, wo dieselben, zu tausend glänzenden Tropfen aufgelöst, noch eine Zeitlang an den Graspitzen ättern, um alsdann von dem dazwischen Erdbreich gierig aufgezogen zu werden.

Den Doktor Burbus hatte ich noch nie so froh und heiter gesehen, und seine Fröhlichkeit sprach sehr von derjenigen ab, mit der er auf seinem Zimmer, Aneine genannt, das Traurige seiner Lage zu überwinden versuchte. Allen Bauernweibern, denen er auf der Straße begegnete, bot er einen guten Tag und gab ihnen weiße Lehren für den bevorstehenden Markt. Was er mehrere beisammen fand, die mit Butter oder Öll an dem Schaufenster lagen, um zur ferneren Tour auszurufen, da hatte er sich zu ihnen, und während er die Güte der Waren unterrichtete, begann er laut zu gähnen, worauf es ihm eine außerordentliche Genugtuung gewährte, wenn zuerst die angedeutete Reaktion ihm unwillkürlich nachkam und alsdann in kurzer Zeit die ganze Reihe mit aufgesperrten Mäulern dahinfuhr. Den vorübergehenden Menschen rannnte er nicht selten eine Straße weit mit abgeronnenem Munde nach, um lachend zurückzublicken, wenn man ihm ein kleines Geldstück herauswerfen wollte. Kurz, er konnte es nicht lassen, eine Menge ungeschicklicher Notizen zu schreiben. Bisweilen auch machte er Pläne für die Zukunft und versicherte sich, wie er in der Waldmühle meines Vaters Potantik zu treiben beabsichtige und wie er sich dort im Hydraulischen zu vervollkommen suchen werde.

Ich für meine Person erinnerte mich mit Vergnügen eines früheren mehrwöchigen Aufenthaltes in der Waldmühle, wo ich mir kleine Hühner kaufte oder Sandwolle aufsetzte, und von dort die Vorübergehenden mit Tannenzapfen bestrich.

So zogen wir dahin und erreichten am Abend ein kleines Landstädtchen, wo wir übernachteten und am nächsten Morgen mit aufgehender Sonne unsere Tour fortsetzten.

Den ganzen festigen Tag waren wir in einer großen Ebene fortgewandert, erst am Ufer eines kleinen Flusses hin und überherten uns dem Waldberge, aus welchem er hervorsprang, und in dem Tal unterhalb wieder eintrat. Ich will freudig mit uns, den frühen Tannenzapfen wieder einsammeln und die rauhe Stadt, ihre kalten Straßen und Häuser mit dem

duftigen Waldparade vertauscht zu haben, unter dessen Säulen wir nun langsam aufwärts stiegen. Der Doktor war merklich ernster als gestern, und als wir auf der ersten Höhe des Waldgebirges ankamen, von der wir rückwärts schauend in weiter, weiter Ferne die Türme der gestern verlassenen Stadt erblickten, fuhr er mit der Hand über die Augen, grüßte bitter lachend hinüber und küßte sich dann wie ein Hund nach hartem Regen. Doch dauerte die Traurigkeit bei diesem sonderbaren Menschen nicht lange, und obgleich er mit mehrmals heilig und gewiß versicherte, er werde beim Eintritt in die Waldmühle den alten Adam gänzlich austreiben, so traute ich ihm vorderhand doch nicht recht, indem er mir im Laufe des heutigen Tages noch einen merkwürdigen Streich spielte.

Nach einer kleinen Stunde nämlich erreichten wir das Städtchen L., das zwischen der Stadt, wo wir herkamen, und der Stadt C. gerade in der Mitte liegt und beide Regierungsbezirke scheidet. Hier treffen sich die Gendarmen von beiden Städten, übergeben einander die mitgeführten Verurteilungen und Verbrechen, weshalb sie gegeneinander aus und jeder nimmt die für sein Freiheitsgefängnis bestimmten wieder mit sich zurück.

Als wir vor das Wirtshaus kamen, in welchem die Auswechslung geschah — es war, wenn ich nicht irre, der goldene Schweinskopf — so fanden wir dort eine ansehnliche derartige geschlossene Gesellschaft, teils zu Wagen, teils zu Fuß, die behufs dieser Zusammenkunft ihren Einzug in das Wirtshaus hielt, wo die Gendarmen bei einem Glase Bier oder Wein einander die Papiere der Verbrechen übergeben.

Am oberen Ende eines langen Tisches saßen die Handhaber der Gewalt, lang bediente Unteroffiziere der Armee, die das Vortreten in die Gendarmerei als Voranmeldung ansehen, kräftige Gestalten im besten Mannesalter mit ockeren Schnurröcken. Ich muß nun hier beifügen, daß der Doktor Burbus nichts so sehr haßte, wie alle politische Gewalt, und von dieser galt ihm die Gendarmerei als Quintessenz.

Daß wir in die Wirtshaus zum weißen Schweinskopf eintraten, wunderte mich gar nicht, daß der Doktor mit mir an den Tischen bei den Bauabenden und Berdrehern sich schickte, glaubte ich seiner Nervosität, die Auswechslung besser ansehen zu können, zu schreiben zu dürfen. Es wackelte unerschrocken zehn bis zwölf Gefangene herein, worunter einige mit Ketten gefesselt, zerlumpt und zerrissen, mit höchst verdächtigem, wildem Strophogonien, und andere, denen bloß die Daunen zusammengeknüpft waren, und noch andere, die ganz ohne Fesseln waren. Von den letzteren näherte sich der Doktor Burbus, und da einer der Gendarmen, seine mit bittender Stimme fragte: „Ist ein Glas Wasser gemessen für die Glas Bier, ist es ein Glas Brandwein.“

Wessens wurden die Bitten mit Kommissen bewilligt, aber es wurden einige Bemerkungen hinzugefügt, als zum Beispiel: „Hör, Schwarzenberger, du

könntest von Gott und Rechts wegen einen unüberwindlichen Abscheu vor allem Freil haben; denn ohne diesen guten Freund wärest du ein freier Mann.“ oder: „Waldauer, ei, ei, das Bier sollte dir eigentlich Gemütsruhe machen und du beschaffst keine trinken; bei dir ist das Sprichwort: Je toller gebrannt, je besser Bier, nicht eingetroffen; denn toll genug gebrannt hast du dein ganzes Leben.“

Diese halb gnädigen Reuefragen wurden dann von dem ganzen Haufen mit großem Gelächter aufgenommen. Jetzt trat auch der Doktor aus dem Haufen heraus zu den Gendarmen hin und sprach mit leiser Stimme, ob ihm der Herr Wirtmeister nicht den Genieß eines Schoppen Weines gnädig gestatten würde?

„So Wein?“ fragte dieser, ohne von seinen Papieren aufzusehen. „Er muß wohl ihriges Geld haben. Na, meinewegen!“ Darauf rühte sich der Doktor mit größter Gemütsruhe einen Stuhl zum Tische neben den Gendarmen, warf sich darauf hin und schrie mit seiner kräftigen Stimme: „Eine Flasche Most, wozu?“ wobei er mit der Hand auf den Tisch schlug, daß die Tintenfässer der Gendarmen in die Höhe fuhren. Erkannt haben diese empor, und der, welcher dem Doktor keine Bitte gewährt hatte, rief ihm zu: „Hör, Bürsche, noch einmal solchen Erack und trink Er seinen Schoppen dort in der Ecke.“

„Er was,“ entgegnete Burbus noch lauter, „ich darf hier ebenwohl sitzen wie ein Gendarm.“

„Was!“ schrie der andere. „Er will sich hier unmäßig machen, wenn Er nicht ausnehmlich sein Maul hält, wird man ihn schlagen lassen.“ Was ist denn das für ein Kerl?“ fragte er leise seinen Kollegen.

Der Doktor aber trommelte mit seinen beiden Händen auf den Tisch und brüllte zum lauten Ergötzen sämtlicher Herren Bagabunden:

„Wein her, Wein her, Oder ich fall um!“

Man kann sich denken, daß ich bei dieser sonderbaren Szene mich bestürzt an die Wand zurückzog und des Doktors verrückte Einfälle tausendmal verwünschte, die mir hier obendrein ein solches Schlimmes Ende zu nehmen schienen; denn der eine Gendarm, der das Fenster auf und besah, irren solle vom Wagen brauchen ein Paar Handgelenke hereinbringen. Und dieser Befehl ließ den Doktor einzuflüstern, schaltete ihn vielmehr auf, mit lauter Stimme sich über den Mißbrauch der politischen und gendarmerechten Gewalt auszulassen.

„Hör Er“, schrie ihm der eine Gendarm zu, „ich werde nicht eher ruhen, bis Er zum Anfang seiner Gefängnisstrafe auf dem nächsten Tage das Hundeloch bekommt.“ (Fortsetzung folgt.)

